

nur mit gefegmächtigen Mitteln die Macht und die Verantwortung an sich zu nehmen. Wo man ihr aber auf diesem Wege Gefeglosigkeit und Gewalt entgegensetzt, da ist sie ebenso entschlossen und bereit, unter Inanspruchnahme der gefeglich zulässigen Notwehr die Gefegmächtigkeit ihres Handels sicherzustellen.

### Erklärung der Sozialdemokraten

Berlin, 25. Mai. Die sozialdemokratische Fraktion trat nach der Kestfestsetzung zusammen. Nach Schluß der Sitzung wurde folgende Erklärung bekanntgegeben: Die sozialdemokratische Landtagsfraktion verurteilt auf das Schärfste die brutalen Rohheitsbegehe, deren Schauplay heute der preußische Landtag gewesen ist und deren Opfer auch unser völlig unbeteiligter Fraktionssekretär Jürgensen geworden ist.

### Die Kommunisten erklären

Berlin, 25. Mai. Die kommunistische Fraktion des preußischen Landtages gab eine Erklärung zu den Vorfällen heraus, in der sie ausführt, im Kestfestrat habe der Zentrumsführer Steger gesagt, die gesamte Zentrumskollegation hätte in ihrer vorausgegangenen Sitzung einmütig ihre härteste Erregung über das Verhalten der Nationalsozialisten zum Ausdruck gebracht, die die eigentlichen Urheber der Kampfes seien, indem sie gegen den kommunistischen Redner auf der Tribüne vordrangen, um ihn anzugreifen.

### Die Presse gegen die blutigen Zusammenstöße

Berlin, 28. Mai. Die blutigen Zusammenstöße in der gestrigen Landtagssitzung werden von den meisten Blättern lebhaft erörtert. Die "Germania" spricht von einem schlechten Start für das Preußenparlament, der "Vorwärts" von einem vandalischen Akt, der mit einer ungeheuren Provokation der Nationalsozialisten begann.

### Nach den Vorgängen im preußischen Landtag

Berlin, 26. Mai. Im preußischen Landtag ging es heute bis in die späten Abendstunden noch recht lebhaft zu. Man besprach lebhaft die Vorgänge im Sitzungssaal und dabei namentlich die Fragen der Schuld und die politischen Folgen.



### Japans Truppen rücken gegen die russisch-mandschurische Grenze vor.

Karte der Mandschurischen Republik, die die Japaner — wenn auch verschiebart — annektiert haben und die sie jetzt als Aufmarschgebiet gegen Sowjet-Rußland benutzen.



General Honjo, der japanische Oberkommandierende in der Mandschurei.

## Wird Hindenburg unterzeichnen?

### Die deutschnationale Reichstagsfraktion an Hindenburg

Berlin, 24. Mai. Die Reichstagsfraktion der DNVP hat an den Reichspräsidenten ein Telegramm geschickt, in dem es u. a. heißt: Nachdem unter mißbräuchlicher Anwendung der Geschäftsordnung des Reichstages und entgegen den Vorschriften der Verfassung am 12. Mai ds. J. eine Unterbrechung der Reichstagsberatungen stattgefunden hat, hat die deutschnationale Reichstagsfraktion die Einberufung des Reichstages auf Grund des Artikels 24 der Reichsverfassung gefordert.

präsidenten die Befugnis gibt, von sich aus die Einberufung des Reichstages herbeizuführen.

### Die Beamtenschaft und die Pläne der Reichsregierung

Der Geschäftsführende Vorstand des Deutschen Beamtenbundes hat in einer außerordentlichen Sitzung vom 25. Mai zur gegenwärtigen Lage durch folgende Erklärung Stellung genommen:

Der Vorstand billigt die Maßnahmen der Bundesleitung und schließt sich der Auffassung an, daß durch die Freilassung der großen Kreise der Bestehenden und durch die Nichtteilnahme der Beamten in die Freigrenze für die Beschäftigtensteuer von einer allgemeinen, alle Kreise der Bevölkerung treffenden Notabgabe keine Rede mehr sein kann.

Nachdem der Herr Reichskanzler sich inzwischen grundsätzlich bereit erklärt hat, Vertreter der Beamtenchaft zu empfangen, wird die Erwartung aus, daß dieser Empfang stattdessen, ehe einhellige Entschlüsse innerhalb der Reichsregierung getroffen werden.

### Braun bleibt vorläufig

Berlin, 25. Mai. Bei den politischen Besprechungen über Preußen war in der letzten Zeit wiederholt erklärt worden, Ministerpräsident Braun habe nicht die Absicht, als geschäftsführender Regierungschef weiter zu amtieren.

Zwischen hatten jedoch die maßgebenden Parteilisten der SPD. beschlossen, jede Handlung, auch eine negative, zu unterlassen, die geeignet wäre, den Nationalsozialisten, in denen die SPD. Staatsfeinde erblickt, zur Macht zu verhelfen.

Weiter betont man in parlamentarischen Kreisen, das vermittelte der plenarische Sitzung Donnerstags, der Fronleichnamstag, zu Besprechungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum über die Regierungsabklärung benutzt werde.

Daraus ergebe sich, daß die Regierungsverhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum nur dann Aussicht auf Erfolg haben könnten, wenn die Nationalsozialisten dem Zentrum die Position des Ministerpräsidenten und des Innenministers zugestehen würden.

Romme keine Einigung zustande, dann dürfte die Entscheidung im Herbst fallen.

Mittwoch, dem 1. Juni, bleiben solle, das Gute, daß sich inzwischen Zeit zu einer ruhigen Beurteilung der heutigen Vorgänge und ihrer Konsequenzen findet. Auch der Kestfestrat wird erst am Mittwoch wieder zusammen treten.